

«Wohnen ist für Familien in der Sch

CVP-Nationalrätin und Familienpolitikerin Barbara Schmid-Federer kämpft gegen kinderfeindliche Spielplätze, für die steuerliche Entlastung von Familien und mehr Verständnis zwischen den Generationen.

SIMON HUBACHER*

– Barbara Schmid-Federer, Sie haben eine Familie mit zwei schulpflichtigen Kindern: Wie wohnen Sie?

– Wir leben in einem Vorort von Zürich an zentraler Lage in einem Zweifamilienhaus, das in eine Wohnsiedlung integriert ist. Wir sind Eigentümer und haben das Haus damals nach dem Bau bezogen.

– Sie sind Familienpolitikerin. Betrachten Sie Ihr Haus und die Umgebung als familienfreundlich?

– Vieles ist ideal. Als wir uns für dieses Haus entschieden, haben wir darauf geachtet, dass viele junge Familien mit Kleinkindern dort leben. Sehr wichtig war uns die Lage. Schule, Läden und Nahverkehr müssen zu Fuss erreichbar sein. Die gute und rasche Anbindung an Zürich spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle. Wir wollten bewusst nicht abseits wohnen, wo man dann doch wieder das Auto nimmt, um an den Bahnhof zu fahren.

– Was sind die Nachteile einer Wohnsiedlung?

– Während Erwachsene ohne Kinder zunehmend grösseren Wohnraum beanspruchen, wird in typischen Familiensiedlungen wie der unsrigen zu dicht gebaut, ohne dass der Bedarf an Freiräumen angemessen berücksichtigt wird.

– Ich frage Sie jetzt als Mutter und Politikerin: Wird in der Schweiz familienfreundlich genug gebaut?

– Längst nicht. Nehmen Sie die Spielplätze. Sie erfüllen viel zu oft nur eine Alibifunktion. Auch den Spielplatz in unserer Wohnsiedlung würde man heute nicht mehr auf diese Weise einrichten. Viele Spielplätze und Begegnungsorte in Wohnsiedlungen oder in Quartieren sind einfach zu klein. Kinder brauchen Platz – der oft nicht zur Verfügung steht, auch aus wirtschaftlichen Gründen. Nur: Spielplätze, die sich nicht eignen, werden auch kaum genutzt. Und das ist widersinnig.

– Kinder – sind Sie in Wohnquartieren nur geduldet? Immer wieder fühlen sich Nachbarn von spielenden Kindern mehr gestört als vom Verkehrslärm.

– Was ich bei uns beobachte ist, dass sich die Kinder innerhalb der Wohnsiedlung durchaus einmal austoben können. Ausserhalb aber haben sie einen sehr schweren Stand, insbesondere die Buben. Entweder sind sie zu laut, oder die einzige Wiese in der Nähe ist für Kinder gesperrt



• ZUR PERSON

Barbara Schmid-Federer (43) vertritt seit 2007 die CVP des Kantons Zürich im Nationalrat. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern. Früher arbeitete sie als Gymnasiallehrerin und als Assistentin des Präsidenten der ETH Zürich. Sie ist Mitglied des Präsidiums der CVP Schweiz und der nationalrätlichen Kommission für Rechtsfragen.

oder der Fussballplatz viel zu weit weg. Doch irgendwohin müssen sie ja, wenn der siedlungseigene Spielplatz nicht genügt. Letztlich führt das zu einer Gettoisierung. Insofern wäre es wichtig, nicht nur eine soziale Durchmischung zu erreichen, sondern beispielsweise ältere Menschen dort zu integrieren wo auch junge Familien mit Kindern leben. Ansonsten isoliert man sich gegenseitig, und das kann zu Spannungen führen.

– Ist die Schweiz ein familien- und vor allem kinderfeindliches Land?

– Wenn ein Kleinkind an der Migros-Kasse weint, erntet die Mutter strafende Blicke – wenn nicht sogar höhnische Kommentare. Kaum jemandem käme in den Sinn, das Kind rasch mit dem Schlüssel-

bund abzulenken, während die Mutter ihre Einkäufe einpackt. Kinder werden oft als Störfaktor behandelt. Wenn es mit Hilfe von raum- und städteplanerischen Massnahmen gelingen würde, die Generationen und Kulturen wieder mehr zusammen zu führen, wäre die Schweiz für Familien und Kinder sicher um einiges angenehmer.

– An was denken Sie konkret?

– Beispielsweise an Quartierstrassen, die vom Durchgangsverkehr entlastet sind, wo der Fuss- und Veloverkehr prioritär behandelt werden und gesellschaftliche Nutzungen wie Spiel, Sport, Aufenthalt und Begegnung einen zentralen Raum einnehmen. Freiräume sind wichtig, gerade in Wohngegenden, aber auch Kon-

weiz sehr teuer»



taktorte, damit das gegenseitige Verständnis insbesondere zwischen den Generationen wieder wachsen kann.

–Selbst gut verdienende Familien müssen in die Agglomerationen ausweichen, weil es in vielen Schweizer Städten zu wenig bezahlbaren Wohnraum für sie gibt.

–Der Leerwohnungsstand in Zentren wie Zürich liegt unter einem Prozent – das bedeutet eigentlich Wohnungsnot. Es gibt gute Beispiele wie Basel, wo Politiker und Regierung die Schaffung von neuem, familienfreundlichem Wohnraum aktiv fördern. Wohnungen, die auch von mittelständischen Familien bezahlt werden können, ohne dass ein Zweiteinkommen zwingend wird. Wohnen in der Schweiz ist gerade für Familien sehr teuer, und das führt für viele zusehends zu finanziellen Problemen, die gesellschaftlichen Sprengstoff in sich bergen.

–Soll Wohnen für Familien mit Kindern – ob als Eigentümer oder Mieter – vom Staat finanziell mehr unterstützt werden?

–Auf Gemeindeebene ja. Auf nationaler Ebene gilt es, Familien mit Kindern konsequent steuerlich zu entlasten. Meine Partei spielt diesbezüglich eine Vorreiterrolle. Der Nationalrat hat in der Herbstsession vom letzten September den von uns geforderten Elterntarif, der den bestehenden Kinderabzug ergänzt, und den Kinderbetreuungsabzug gutgeheissen.

Das sind erste wichtige Entscheide auf dem Weg zu einer familienfreundlicheren Steuergesetzgebung. Diese ist auch des-

» Steuerliche Erleichterungen sind wichtige Meilensteine in der Familienpolitik.«

halb wichtig, weil Eltern mit Kindern wieder vermehrt auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angewiesen sind.

–Ist Familienpolitik nur Steuerpolitik?

–Nein, aber diese Erfolge sind wichtige Meilensteine. Und es entspricht dem, was im derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Umfeld herauszuholen ist. Die Tatsache, dass in immer mehr Familien beide Partner arbeiten müssen, um genügend Geld zu haben, bleibt unbefriedigend. Deshalb ist es wichtig, dass die ausserfamiliären Betreuungsstrukturen gefördert werden. Politische Kreise, die arbeitende Frauen als schlechte Mütter bezeichnen, argumentieren an der Realität vorbei. ●



***SIMON HUBACHER**

Der ehemalige Journalist arbeitet heute als Kommunikationsberater. Er ist redaktioneller Mitarbeiter der immobilia.

SCHWEIZ



Keine steuerlichen Anreize: Ständerat sagt Nein zur weiteren Förderung von energetischen Massnahmen.

STÄNDERAT GEGEN MASSNAHMEN IM BEREICH DER GEBÄUDESANIERUNGEN

–Der Ständerat hat als Zweitrat eine Motion der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates behandelt, die den Bundesrat zu beauftragen sucht, mit Unterstützung der Kantone dafür zu sorgen, dass mittels steuerlicher Anreize und Vereinfachungen energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich gefördert werden. Die ständerätliche Kommission hatte, wie der Bundesrat, der kleinen Kammer die Ablehnung der Motion empfohlen. Das Geschäft geht nun zurück an den Nationalrat, der dem Geschäft im Frühling zugestimmt hatte.

TEILREVISION DES RAUMPLANUNGSGESETZES

–Auch dank dem Widerstand der Schweizer Immobilienwirtschaft verzichtet der Bundesrat auf eine Totalrevision des Raumplanungsgesetzes. Bei der nun geplanten Teilrevision müssen nach Ansicht des SVIT